

Zur Notwendigkeit des Managements von Migrationsprozessen

Mission Statement des Universitätslehrgangs für Migrationsmanagement

Migration ist eine unhintergehbare soziale Tatsache. 232 Mio Menschen oder 3% der Weltbevölkerung lebten 2012 außerhalb ihres Geburtslandes. 11,5 Mio EU-Bürger wurden in einem anderen EU-Land geboren als jenem, in dem sie wohnhaft sind. 6,7% (34 Mio) der EU-Wohnbevölkerung (507 Mio) sind „Drittstaatenausländer“; hinzu kommen 4-6 Mio Illegale (undocumented immigrants). Der EU-Grenzschutzagentur „Frontex“ zufolge gab es 2014 in der EU rund 283.000 illegale Grenzübertritte - 163% mehr als 2013.

Nicht erst seit der 2. Hälfte des 20. Jdhts ist Österreich eine Einwanderungsgesellschaft. Heute weisen 20,4% der Bevölkerung (1,71 Mio) Migrationshintergrund auf, sind also entweder selbst im Ausland geboren oder haben Eltern, die im Ausland geboren sind. 12,4% der Österreichischen Wohnbevölkerung haben keinen Österreichischen Pass. Das ist (abgesehen von Luxemburg) der höchste Anteil in der Gruppe der EU-Mitgliedstaaten mit der höchsten Kaufkraft (D: 8,7%; GB: 7,7%; F: 6,3%).

Migrations- und darauf folgende soziale Integrationsprozesse sind komplex und bedürfen einer integrierten Steuerung (Management). Die involvierten Interessen sind widersprüchlich: Das Kapital ist an hoher Produktivität und billigen Arbeitskräften interessiert (ohne ImmigrantInnen wäre die Europäische Landwirtschaft nicht konkurrenzfähig), der Sozialstaat an hohen Beitragsleistungen, geringer Ausgabenlast und einem stabilen Generationenvertrag. Die nachgefragte Arbeitskraftqualifikation hat sich mit dem Einsatz von Informations- und Kommunikationstechnologien und einem wachsenden tertiären Sektor massiv verändert. Folgerichtig setzen sich auch Herkunft und Qualifikation der Migrierenden neu zusammen. Dominierten in der Ära der Anwerbeabkommen der 1960er Jahre Immigranten („Gastarbeiter“) aus der Türkei und Jugoslawien das Bild der legalen Wirtschaftsmigration, so sind es heute EU-BürgerInnen: 78% der ImmigrantInnen kommen heute aus der EU, vor allem aus Deutschland, Rumänien und Ungarn. 60% der 2010-2014 nach Österreich zugewanderten Personen sind erwerbstätig, 31% sind hochqualifiziert. Gleichwohl verkörpert die Integration der 2. und 3. Generation der Gastarbeiter am Arbeitsmarkt und im Bildungssystem eine noch nicht bewältigte Herausforderung.

Auch Push- und Pull-Faktoren haben sich verändert. Neben der Wirtschaftsmigration bildete die Fluchtmigration ein zweite Säule der Zuwanderung. Ursächlich dafür sind hauptsächlich religiös motivierte Genozide, autoritäre Regimepraktiken und (Bürger)Kriege um Ressourcen. Mehr als 50 Millionen Flüchtlinge, also Asylsuchende und Binnenvertriebene, gab es 2014 weltweit. 33 Mio

waren Binnenvertriebene, 17 Mio Asylwerber. 90% dieser Flüchtlinge, denen im Herkunftsland Gefahr droht, flüchten aus einem Entwicklungsland in ein anderes, die meisten davon asiatische Staaten. 2003-2013 wurden in Österreich knapp 194.000 Asylanträge gestellt, in 94.000 Fällen wurde Asyl zuerkannt, in 41.000 Fällen nicht. Im langjährigen Schnitt erreicht die Anerkennungsquote 32%; 2010-2013 stieg sie von 15,8% auf 28,5%. Etwa 10.000 subsidiär Schutzberechtigte halten sich in Österreich auf.

Zum dritten tragen Verelendung, Korruption und Gewalt in der vordem kolonisierten Peripherie des kapitalistischen Weltmarktes zu einer zumeist irregulären Wanderungsbewegung durch „Wirtschaftsflüchtlinge“ bei. 2014 kamen 275.000 „illegale Einwanderer“ in die EU. Die Europäische Kommission hält fest, dass nur 25% der irregulär Immigrierenden in Europa Flüchtlinge im Sinne der Genfer Flüchtlingskonvention sind. 75% migrieren aus wirtschaftlichen Motiven.

Schließlich tritt neben die Wirtschaftsmigration (Arbeitsmigration), Fluchtmigration (Asyl) und irreguläre Migration ein neuer, vierter Push-Faktor, nämlich ein Zusammenwirken aus beschleunigtem Klimawandel, Desertifikation, Artensterben und der Plünderung natürlicher Ressourcen durch multinationale Konzerne, der massive soziale Konflikte um Ressourcen (Wasser) und nutzbare Lebensräume nach sich zieht. Die ihrer Lebensgrundlagen Beraubten finden sich in einer ausweglosen Situation wieder und emigrieren. 2005 lag die geschätzte Zahl der Klimaflüchtlinge bei 50 Mio; für 2050 ist von 250 Mio auszugehen.

Vor diesem Hintergrund gelangt das geltende Regime aus restriktiver Asylgewährung und kontrollierter, an individuellen Leistungsmerkmalen orientierter Zuwanderung (EU Blue Card; Ö. Rot-weiß-Rot-Card usw.) absehbar an seine Leistungsgrenze. Die Abgrenzung zwischen Konventions-, Wirtschafts- und Klimaflüchtlingen beginnt sich aufzulösen. Deshalb pendeln Migrationspolitik, mediale Öffentlichkeit und Zivilgesellschaft in Europa desorientiert zwischen drei Szenarien: 1. apokalyptischen Prognosen wie jener des am NATO Defense College lehrenden Soziologen Gunnar Heinsohn, der 950 Mio nach Europa drängende Immigranten aufsummiert, während die Leistungsansprüche der geringqualifizierten ImmigrantInnen zum Kollaps des Sozial- und Wohlfahrtsstaates führen; 2. den Phantasien einer militarisierten Europäischen Grenzschutzpolitik durch Frontex, beschleunigten Asylverfahren, Massenrückschiebungen und einem auf Hochqualifizierte zugeschnittenen Immigrationsmodell, 3. einer Politik offener Grenzen, die mit Menschenrechten und damit argumentiert, dass Immigration im historischen Verlauf bislang zu Wirtschaftswachstum und gesellschaftlicher Modernisierung beigetragen hat.

Fakt ist indes, dass die Zunahme der Migrationsbewegungen europaweit zu einem Anwachsen chauvinistischer Fremdenfeindlichkeit und einer ablehnenden Haltung gegenüber weiterer

Zuwanderung beigetragen hat. Dies ist auch und insbesondere unter den ImmigrantInnen mit legalem Aufenthaltsstatus selbst der Fall. Die FES-Studie „Die Abwertung der Anderen“ (2011) zeigte, dass die gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit, Fremdenfeindlichkeit, Islamfeindlichkeit und rassistische Vorurteile gegenüber Fremden europaweit verbreitet ist. Die Hälfte aller europäischen Befragten ist der Ansicht, es gebe zu viele Zuwanderer in ihrem Land. In gleicher Weise nimmt die Hälfte der Bevölkerung den Islam als Religion der Intoleranz und inkompatibel mit der Europäischen Kultur wahr. Diese Einstellungen finden sich längst nicht nur in politischen Randgruppen, sondern in der Mitte der Gesellschaft.

Die vierte Europäische Wertestudie (2008) zeigte, dass Österreich auf dem Antipathie-Index (Vorbehalte gegenüber ImmigrantInnen als Menschen anderer Hautfarbe, Muslime und Zuwanderer/Gastarbeiter) an erster Stelle liegt, gefolgt von Italien, Finnland und den Niederlanden. Zwischen 1999 und 2008 nahm in Österreich die Antipathie so stark zu wie nirgendwo sonst in Europa. Die gesellschaftlichen Ursachen dieser allgegenwärtigen Fremdenfeindlichkeit liegen in der Zerstörung inklusiver Strukturen, der verstetigten Drohung mit Arbeitslosigkeit und sozialem Abstieg, Prekarität und Armut und sozialer Verunsicherung. Sie schlagen sich nieder in der Entwicklung rechtspopulistischer Bewegungen, deren ideologisch-rassistischen Dispositiven und die Kultur medialer Negativberichterstattung über eine „Parallelgesellschaft“, die zu allererst Ergebnis verfehelter Integrationspolitik ist.

Demgegenüber können Migrationsprozesse rational gesteuert werden. Migrationspolitik kann auch pro-aktiv die soziale Integration und Inklusion von ImmigrantInnen vorantreiben, Diskriminierung bzw. soziale Exklusion unterbinden und eben darüber kulturelle Assimilation ermöglichen (nicht: erzwingen). Politik und Verwaltung können in der Tat migrantischen sozialen Aufstieg sowie inter- und transkulturelles Zusammenleben ermöglichen. Nation ist nicht Ethnie wie auch das Konzept der Bürgerschaft europäisch geworden ist. Folgerichtig müssen im Fokus der Integration von Immigranten geteilte Werte, Normen und Chancen, faire Zugänge zu Bildung (Sprache), Wohnen und Arbeitsmarkt stehen.